

## **Aus der Arbeit des Gemeinderates – Sitzung am 12.07.2021**

### **Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse:**

Der Gemeinderat hat in der vergangenen Sitzung einstimmig die am 19.09.2019 beschlossene und auf zunächst 2 Jahre befristete Erhöhung des wöchentlichen Stundenkontingents der Schulsekretärin von 12 auf 18 Stunden um ein Jahr verlängert.

### **EnBW**

Als Vertreter der Netze BW informierten die Herren Einsiedler und Schwarz den Gemeinderat über die Leistungsfähigkeit und Herausforderungen, denen sich die Netze BW als Stromnetzbetreiber in Dürbheim stellen muss. Bei der Netze BW, einer Tochtergesellschaft der EnBW, sind in Baden-Württemberg aktuell 4.700 Mitarbeiter an 88 Standorten beschäftigt, die sich ausschließlich um das Stromnetz kümmern. In der Region um Dürbheim sind es 30 Mitarbeiter, die bei Netzstörungen rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr hierfür zur Verfügung stehen. Zur Koordination fließen alle Informationen über das gesamte Netz des Landes in 3 Leitstellen zusammen, die den höchsten Sicherheitsstandards in Europa entsprechen.

Im Ortsnetz Dürbheim wurden Ende 2020 noch 323 Gebäude über Freileitungen (Dachständer) mit Strom versorgt, aber bereits 361 über Erdkabel (z.B. alle Neubaugebiete). Allerdings wird die Umstellung der restlichen Gebäude noch andauern, da die Vorgaben des Energie-Wirtschafts-Gesetzes zu beachten sind. In den vergangenen 5 Jahren hat die Netze BW im Ortsgebiet von Dürbheim rund 651.000 € in das Netz investiert.

Mit Stolz ging er auf die Netzstabilität ein. So gab es während des Zeitraums von einem Jahr lediglich eine Störung im Mittelspannungsnetz – am 14.01.21 um 21:40 – durch einen im Sturm umgerissenen Baum. Nach 2 Stunden war auch der letzte Betroffene wieder „am Netz“. Kleinere Störungen im Niederspannungsnetz (Ortsnetz) sind hierbei allerdings nicht berücksichtigt. Positiv hob Herr Schwarz hervor, dass es in Dürbheim 87 PV-Anlagen gibt, die rund 2/3 des Stromverbrauchs abdecken – und, dass der Ausbau weiter vorangeht. So seien 2020 insgesamt 15 neue Anlagen hinzugekommen – u.a. die 1. kommunale Anlage auf dem Dach des Kindergartens. Vor dem Hintergrund der angestrebten 90% CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2050 veranschaulichte er, welche Herausforderungen sich hieraus für die Netze BW ergeben und wie versucht wird darauf zu reagieren. Denn der von PV-Anlagen erzeugte Strom muss, sofern er nicht gleich selbst verbraucht wird, über das Netz der Netze BW abtransportiert werden. Aber dieses Netz muss auch in der Lage sein, die ständig zunehmende Zahl an Ladestationen für Elektroautos und Wärmepumpen ausreichend mit Strom zu versorgen. Anhand von Prognosen über die schrittweise zunehmende Zahl solcher Verbraucher zwischen 2023 bis 2050 versucht die Netze BW mit Simulationen zu ermitteln, an welchen Stellen das vorhandene Netz ausgebaut werden muss. Bürgermeister Häse hob hervor, wie gut und vertrauensvoll die Zusammenarbeit mit der Netze BW sei. In Herrn Einsiedler hätte die Gemeinde einen absolut verlässlichen Ansprechpartner, der aufgrund seiner Erfahrung auch Verständnis für die kommunale Sichtweisen hat.

### **Zuschussantrag des SVD zur Nivellierung des Rasenplatzes**

Der Gemeinderat beschloss dem SVD einen Zuschuss zur Nivellierung des Spielfeldes zu gewähren, da im Spielfeldbereich an zwei Stellen auf einer Gesamtfläche von ca.

900 m<sup>2</sup> Absenkungen bis zu 25 cm festgestellt wurden, die den Spielbetrieb beeinträchtigen. Die betroffenen Stellen müssen von einer Fachfirma eingeebnet und neu eingesät werden.

Als Zuschuss wird die Differenz zwischen der Rechnung der beauftragten Firma und dem vom WLSB tatsächlich ausbezahlten Zuschuss - maximal 5.180 € - gewährt.

## Haushalts-Zwischenbericht 2021

Diesen nahm der Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis. Mehraufwendungen bei der Betriebskostenumlage der Kläranlage (38.000 €), Corona-bedingte Mehrausgaben und Einnahme-Ausfälle bei den Schlüsselzuweisungen, der Investitionspauschale und Einkommensteueranteilen (40.000 €) sowie der Gewerbesteuer (22.000 €) können im Ergebnishaushalt durch deutlich höhere Dividendenzahlungen auf die EnBW Aktien bis auf ca. 11.000 € kompensiert werden. Dadurch vergrößert sich das bereits im ursprünglichen HHPlan erwartete Defizit im ordentlichen Ergebnis (laufender Betrieb) auf ca. 228.000 €. Allerdings können weitere Abweichungen bis Jahresende in Corona-Zeiten nicht ausgeschlossen werden. Nach Auffassung von Bürgermeister Häse sei dieses Defizit angesichts der Rücklagen (Summe der bisherigen ordentlichen Ergebnisse zzgl. der Sonderergebnisse durch Aktienverkäufe in Vorjahren) mit 469.000 € zum Ende 2021 „kein Beinbruch“. Dennoch sei es für ihn „bedenklich“. Denn er befürchtet, dass die Corona-bedingten Belastungen für Bund und Land in künftigen Jahren weitere Spuren in den kommunalen Haushalten hinterlassen werden. Dann ausgeglichene Ergebnishaushalte zu erreichen, dürfte eine sehr ambitionierte Aufgabe werden.

Ein sehr erfreuliches Bild zeigt der **Finanzhaushalt** (investiver Bereich). Denn der Zahlungsmittelbedarf kann von 782.050 € um 473.450 € auf 308.600 € reduziert werden. Allerdings sind dies keine wirklichen Besserungen. Vielmehr entsteht die Entlastung dadurch, dass für 2021 geplante Maßnahmen nach 2022 „geschoben“ werden (Sanierung der Grundschule und der 2. BA beim Glasfaser-Ausbau). Erfreulich ist hingegen, dass beide Erschließungsmaßnahmen (1. BA Gottlieb-Daimler-Straße und 3. BA Pfaffensteig - noch ohne Grünanlagen) um ca. 165.000 € günstiger abgerechnet werden können, als erwartet.

Ein großes Problem stellen die fehlenden Rechnungsabschlüsse für 2019 und 2020 dar. Durch fehlende Unterlagen von Fachbüros kann die VG Spaichingen seit der Umstellung auf das neue Rechnungswesen (NKHR) zum 01.01.2019 immer noch keine Abschlüsse liefern. Er betonte, dass dies nicht an den Mitarbeitern der VG Spaichingen liegt. Aber dennoch sei dies absolut unbefriedigend und stelle einen „finanzpolitischen Blindflug“ dar. Gerade in Corona-Zeiten sei dies eigentlich ein Unding. Er verglich es mit einem Gewerbebetrieb, der 2 Jahre keine GuV erstellt und keine Bilanz vorlegt.

Durch das „Schieben“ von Maßnahmen werde sich zum Jahresende auch der **Zahlungsmittelstand** auf voraussichtlich ca. 2.030.000 € verbessern und läge damit weit über dem Mindestbestand von ca. 81.000 €. Dies relativiert sich jedoch, wenn man die Effektivbelastung im HHJahr 2022 durch die Schulhaus-Sanierung (70 T€ - ohne mögliche Preissteigerungen), den 2. BA Glasfaser (ca. 440 T€) und den vom Gemeinderat in der Juni-Sitzung beschlossenen Vollausbau der Burgstraße (zusätzlich ca. 830 T€) berücksichtigt. Gleichwohl steht Dürbheim finanziell solide da.

## Sanierung Ortskern – Beschluss über „Vorbereitende Untersuchungen“ (§ 141 III BauGB)

Im Amtsblatt wurde bereits mehrfach darüber berichtet, dass die Gemeinde alles unternimmt, damit möglichst viele alte Gebäude saniert, modernisiert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Dazu hat der Gemeinderat das „3-D-Modell“ beschlossen (ELR-Förderung + kommunales Förderprogramm + „Steuer-Spar-Modell“). Voraussetzung für das Steuersparmodell ist die Einleitung eines formalen Verfahrens zum Ausweisen eines Sanierungsgebietes. Die hierzu notwendigen Beschlüsse fasste der Gemeinderat einstimmig - siehe auch gesonderte amtliche Bekanntmachung.

### **Zustimmung zu den Kindergartenbeiträgen 2021/2022**

Der Kirchengemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30.06. die neuen Kindergartenbeiträge beschlossen. Nun stimmte der Gemeinderat diesen von der Kirchengemeinde erhobenen Gebühren ebenfalls einstimmig zu. Die neuen Sätze basieren auf einer Empfehlung des Gemeindetages und der kirchlichen Fachverbände und sehen eine Erhöhung um 2,9% vor. Damit bleibt die Erhöhung bewusst unter der tatsächlichen Kostensteigerung. Dennoch bleibt es das Ziel der Landessatzsätze durch die Elternbeiträge einen Kostendeckungsbeitrag von 20% zu erzielen. In den vergangenen Jahren lag dieser Wert in Dürbheim jedoch nur zwischen 13,1 und 15,9%.

### **Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2019**

Der BgA Wasserversorgung besteht aus der eigentlichen Wasserversorgung und der Beteiligung an der Badenova AG & Co.KG. Zudem waren 2019 noch 90.000 EnBW-Aktien als gewillkürtes Betriebsvermögen aktiviert (nach den Teilverkäufen im Jahr 2020 sind es noch 78.700). 2019 schloss mit einem Jahresgewinn von 2.921,54 € ab. Im Vorjahr lag dieser bei 45.587,93 €, während im Jahr 2017 ein Verlust von 29.370,87 € zu verzeichnen war. Die Schwankungen entstanden durch die Umstellung auf das neue Rechnungswesen NKHR und die 2017 entfallene EnBW-Dividendenzahlung. Das Eigenkapital liegt bei 1.259.499,73 €, was einer Eigenkapitalausstattung von ca. 60,3% entspricht. Durch den Gewinn in 2019 vermindert sich der körperschaftsteuerliche Verlustvortrag zum 31.12.2019 auf 686.617 €. Die Bilanzsumme 2019 liegt bei 2.091.284,50 €.

### **Sanierung der Umkleidekabinen und Duschen in der Turn- u. Festhalle**

Die Zeit der Corona-bedingten Hallenschließung wurde für diese Umbauarbeiten genutzt. Vor der Sitzung hatten die Gemeinderäte die Gelegenheit, die neu gestalteten Räume zu besichtigen. Jetzt stehen wieder zeitgemäße Umkleide- und Duschköglichkeiten zur Verfügung. Unterstützt wurde die Maßnahme durch 5 Helfer des SVD, deren Aufwand (94 Stunden) von der Gemeinde mit dem Mindestlohn vergütet wurde. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 50.390 €, was den vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten Finanzrahmen um 12.300 € übersteigt. Die Mehrkosten entstanden im Sanitärbereich durch Leistungen, die erbracht werden mussten, ohne vor Beginn der Arbeiten erkennbar zu sein.

### **Baugesuche**

Dem Gemeinderat lagen 3 Baugesuche vor. Hinsichtlich des beantragten Umbaus eines Gebäudes in der Straße „**Unter der Risihalde**“ erteilte der Gemeinderat zur Erweiterung eines bestehenden Balkons und dem Anbau einer Außentreppe sein Einvernehmen. Dies erfolgte auch hinsichtlich des Einbaus von Dachgauben. Ob jedoch das Dachgeschoss zum Vollgeschoss ausgebaut werden darf, machte er davon abhängig, ob dies bei anderen Gebäuden im Geltungsbereich des Bebauungsplanes bereits genehmigt wurde – denn lt. B-Plan ist dies nicht zulässig. Auch für den Umbau eines Gebäudes „**Hinter dem Dorf**“ erteilte der Gemeinderat sein Einvernehmen zum Errichten von Dachgauben, damit das Dachgeschoss ausgebaut und so zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Gleiches gilt für die zusätzlich zu errichtende Garage. Allerdings muss hier der Antragsteller durch einen mit der Gemeinde noch abzuschließenden öff.-rechtlichen Vertrag die Verpflichtung übernehmen, dass die Zufahrt dauerhaft auf seine Kosten hergestellt und unterhalten wird.

Im Neubaugebiet (**Am Bierkeller**) wurde bei einem Wohngebäude – wie bereits in einem anderen Fall – das Einvernehmen zum Errichten eines Flachdachs erteilt.

### **Bekanntgaben und Verschiedenes**

Bürgermeister Häse und Feuerwehr-Kommandant Rebstock gaben einen Überblick über das **Hagelereignis vom 28.06.2021**. Insgesamt wurden der Feuerwehr innerhalb 1 Stunde 37 Schäden gemeldet. An den kommunalen Gebäuden wurden die Dächer an beiden Schulgebäuden und dem Kindergarten leicht, das des FWG-Hauses stark beschädigt. Die Firma Holzbau Hauser hat das Dach des FWG-Hauses provisorisch mit einer Folie abgedichtet. Zwischenzeitlich waren der Sachverständige des WGV und ein Fachmann zur Gebäudetrocknung vor Ort. In Abstimmung mit der Versicherung wird angestrebt, dass das mit asbesthaltigen Platten gedeckte Dach komplett erneuert wird. Dabei soll gleich die Halterung für eine später zu installierende Sirene vorgesehen werden. Ebenso muss die Konstruktion so stabil sein, dass später eine PV-Anlage

installiert werden kann. Welche Kosten auf die Gemeinde zukommen werden, ist unsicher. Bei jedem Objekt muss die Gemeinde 1.000 € Selbstbehalt tragen.

Anschließend informierte GR- und FW-Kommandant den Rat über das Hagelereignis. Angesichts der Vielzahl an Betroffenen war es der Feuerwehr nicht möglich, sich um alle Schäden zu kümmern. Daher mussten Prioritäten gesetzt werden. Dort, wo Gefahr für innenliegende Räume bestand, wurde versucht zu helfen. Wenn jedoch offenkundig nur einzelne Ziegel fehlten, ansonsten aber die Unterkonstruktion des Daches in Ordnung erschien, konnte keine Hilfe geleistet werden. Zudem waren viele Nachbargemeinden gleichzeitig betroffen. So gelang es erst spät in der Nacht eine Drehleiter aus Tuttlingen zu bekommen. Dies stieß bei einzelnen Betroffenen leider auf wenig Verständnis, obwohl er und seine im Einsatz befindlichen FW-Kameraden alles in ihren Möglichkeiten stehende getan haben.

Darüber hinaus gaben beide bekannt, dass die **Feuerwehr künftig das Befüllen privater Pools ablehnen wird**. Das Befüllen solcher Pools ist nicht Aufgabe der Feuerwehr, folglich wären kostendeckende Entgelte zu erheben. Durch die Einführung des von Bürgermeister Häse so „innig geliebten“ neuen Rechnungswesens (NKHR) entstünde ein unverhältnismäßig hoher Aufwand, der an die Antragsteller weiterzugeben wäre. Dies würde zu immensen Rechnungsbeträgen führen. Daher müssen diese Pools künftig selbst mit dem Gartenschlauch befüllt werden – so, wie dies bereits bisher in zahlreichen anderen Gemeinden üblich ist.

Zur Verschönerung des Ortsbildes im Bereich der stark befahrenen Hauptstraße werden **vor der Turnhalle 2 Alu-Fahnenmasten** aufgestellt. Während der Sommermonate werden dort die Fahne der Gemeinde Dürbheim und die des Naturparks Obere Donau aufgehängt. Die Anschaffung der beiden Fahnenmasten kostet 1.613,33 €.

Da der Gemeinderat in der Juni-Sitzung den **Vollausbau der Burgstraße** beschlossen hat und bis 30.09.2021 der erste von drei Zuschuss-Anträgen gestellt sein muss, benötigt das beauftragte Ing.Büro schnellstmöglich Vorgaben, wie die Straße künftig gestaltet werden soll. Bis zum Versand der Sitzungsunterlagen am 02.Juli war es nicht möglich, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Daher hatte Bürgermeister Häse die Gemeinderäte am 09.07. per mail über mögliche Varianten und Einzelgesichtspunkte informiert und trug diese nochmals vor. Nachdem von den Räten ebenfalls weitere Anregungen eingebracht wurden, fand am 19.07. mit dem Gemeinderat und dem planenden Ingenieur ein Vor-Ort-Termin in der Burgstraße statt. Das Ergebnis wird dann in die Planung eingearbeitet und dem GR in der Sitzung vom 13.09. nochmals zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.